



## **Antrag**

der Fraktionen von SPD und SSW

### **Landesweite Katzenschutzverordnung für Schleswig-Holstein**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. im Rahmen einer Katzenschutzverordnung eine landesweite Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen einzuführen,
2. Ausnahmetatbestände von der Kastrationspflicht für kleinräumige Sondersituationen sowie für begründete Fälle einer zukünftig begründeten Fortpflanzung betreffender Tiere vorzusehen,
3. eine Informationskampagne aufzulegen, die die Verabschiedung der Verordnung begleitet und praktikable Übergangsfristen festzulegen,
4. die bisherigen Mittel zur Kastration verwilderter Hauskatzen zu verstetigen und vor dem Hintergrund der gestiegenen Gebührensätze zu erhöhen,
5. einen Härtefallfonds aus Landesmitteln für finanzschwache Tierhaltende einzurichten, der für bereits gehaltene Katzen die Kosten der Kennzeichnung und Kastration übernimmt.

Begründung:

Eine landesweite Katzenschutzverordnung dient dem Schutz von freilebenden Katzen vor erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden, die auf eine hohe Anzahl dieser Katzen zurückzuführen ist. Katzen gehören zu den beliebtesten Haustieren in Deutschland. Leider sind noch immer zahlreiche von ihnen nicht kastriert und vermehren sich als Freigänger unkontrolliert weiter. Die Folge davon sind steigende Zahlen verwaarloster Katzen, die entweder freileben oder in Tierschutzorganisationen abgegeben werden. Das hat die bereits bestehende

personelle und finanzielle Überlastung der Tierheime in Schleswig-Holstein weiter forciert. Die landesweiten Katzenkastrationsaktionen seit 2014 sind ein wichtiger Teil der Arbeit gegen Tierleid von Katzen. Die Gelder hierfür müssen sichergestellt und ggf. ausgebaut werden.

In Schleswig-Holstein gibt es bisher lediglich eine Handreichung für Kommunen, um eine eigene Katzenschutzverordnung zu erlassen. Nach den vielen Anstrengungen in dem Bereich des Tierschutzes bei Katzen ist die landesweite Verordnung nun der nächste logische Schritt, um die Situation langfristig in den Griff zu bekommen.

Sandra Redmann  
und Fraktion

Christian Dirschauer  
und Fraktion